

Politik der Nachhaltigkeit: Subjekt – Macht – Kritik

Der Begriff Nachhaltigkeit hat immer auch einen politisch-normativen Charakter. Sein gegenwärtiges Verständnis wurde wesentlich durch die internationale Politik und soziale Bewegungen geformt, popularisiert und mitunter auch bekämpft. So wurde etwa mit den Sustainable Development Goals ein politischer Zielhorizont etabliert, der den vielfältigen Krisen der Gegenwart ein politisches Projekt von nie gesehener Tragweite entgegenstellt: die Transformation der kapitalistisch-industriellen Lebensweise hin zu einer ökologisch-gerechten Form der Weltgesellschaft. Neben solch globalen und internationalen Nachhaltigkeitspolitiken sind aber auch nationale und lokale Nachhaltigkeitsprogramme ubiquitär und ebenfalls engagiert sich eine Vielzahl nicht-staatlicher Organisationen und Initiativen in sozial-ökologischen Fragen. Das genuin Politische am Handlungsprinzip Nachhaltigkeit lässt sich dabei bis in die Mikropolitiken der Lebensführung, die politischen Identitäten oder die Sozialisationsprozesse der Subjekte hinein verfolgen.

Alle diese Nachhaltigkeitspolitiken bewegen sich von jeher in einem von unterschiedlichen Interessen geprägten Spannungsfeld: Deziert progressiven und emanzipatorischen stehen konservative Nachhaltigkeitsprogramme gegenüber; rechtspopulistische und -radikale Gruppen entdecken Nachhaltigkeit als Feld für ihre Aktivitäten (indem sie etwa Umweltschutz zugleich als „Heimatschutz“ präsentieren), während kosmopolitische Bewegungen und Intellektuelle in den ökologischen Risiken Chancen für eine Erneuerung transnationaler Politiken und Bündnisse erblicken. Staatliche Strategien, die auf neue Gesetze zur Regulierung sozial-ökologischer Verhältnisse setzen, konkurrieren dabei mit solchen, die in marktliberaler Perspektive preisliche Anreize und Selbstverpflichtungen zur Überwindung der sozial-ökologischen Krise priorisieren. Und eine Politik technologisch geprägter Nachhaltigkeit wiederum setzt auf erneuerbare Energien, Elektromobilität, CCS oder Geoengineering, während Postwachstums- und Suffizienz-Politiken die Bürger*innen für eine sozial-ökologische Transformation via Konsumzurückhaltung responsabilisieren wollen. Gleich von mehreren Seiten wird bei alledem immer wieder die Funktionalität von Demokratie zur Regulation sozial-ökologischer Verhältnisse in Frage gestellt. Breite Partizipation und damit mögliche Proteste von Anwohner*innen beim Ausbau von Stromtrassen etwa werden als problematisch für eine sozial-ökologische Transformation betrachtet, Umweltpolitiken in Diktaturen hingegen mitunter ein höherer Grad an Effektivität und Effizienz attestiert.

Diese Gemengelage zeigt: Mit der Genese von Nachhaltigkeitszielen traten auch verschiedene Konflikte um deren politischen Umsetzung, um Kooperationsform und Institutionalisierung immer stärker ins Relief. Konstitutiv für das politische Moment von Nachhaltigkeit sind hierbei Prozesse von Macht und Regulation auf der einen sowie die Kritik bestehender Natur- und Herrschaftsverhältnisse auf der anderen Seite. Genau hier gewinnt der soziologische Blick auf das Thema Kontur: Zum einen nämlich sind Nachhaltigkeitsdeutungen stets Kritiken an bestehender „Nicht-Nachhaltigkeit“ inhärent. Diese fokussieren, je nach konkretem Nach-

haltigkeitsverständnis, unterschiedliche Gegenstände, Akteure und Verhältnisse – angefangen von einzelnen ökologischen und sozialen Missständen, bis hin zu bestimmten Akteursgruppen und Organisationen (etwa globale Unternehmen, Politiker*innen oder bestimmte soziale Milieus). Fokussiert werden dabei also immer auch soziale Strukturen und Praktiken der Lebensführung, die für die Krisenerscheinungen verantwortlich gemacht werden (z.B. Kapitalismus und Industrialismus, Wachstum, Konsumkultur, Imperialismus oder Neo-Kolonialismus, das Patriarchat oder die instrumentellen Naturverhältnisse der Moderne). Zum anderen gerät hierbei der Begriff Nachhaltigkeit selbst zunehmend in die Kritik. Sei es, dass diesem zugeschrieben wird, eine Leerformel zu sein oder dass es sich bei ihm um ein machtwergessenes Konzept handle, das die bestehenden (postkolonialen) Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnisse lokal wie global eher perpetuiert als transformiert. Umgekehrt wiederum werden Nachhaltigkeitskonzepte, etwa von Rechtspopulist*innen und Verschwörungstheoretiker*innen, gerade wegen ihrer großen Reichweite kritisiert. Diese zielten, so das Argument, als Elitenprojekte auf eine de-industrialisierte Welt, die auf einen neuen Totalitarismus und umfassende Kontrolle abziele.

Zentrale Annahmen zur Verfügungsgewalt über Natur und Gesellschaft stehen dabei allerdings im eklatanten Widerspruch zur – auch im Zuge der Corona-Krise – wiederholt diagnostizierten Unverfügbarkeit über die eisdynamischen und immer komplexer werdenden Weltverhältnisse selbst. Während einerseits Prozesse der legitimen Herrschaft und Machtausübung zur Realisierung von Nachhaltigkeit immer dringlicher eingefordert werden, erodieren auf der anderen Seite zunehmend deren praktische und normative Voraussetzungen. So etwa die Annahme, es könne idealtypisch von einem kohärenten politischen Subjekt der sozial-ökologischen Transformation oder der Existenz einer verantwortlichen und handlungsfähigen politischen Elite als dessen Pendant ausgegangen werden, was erst zusammengenommen einen durch Rationalität geprägten öffentlichen Diskurses ermöglichen würde. Diese Annahmen nähren per Saldo also eher die Illusion eines staatlichen Steuerungsmonopols sozialer Entwicklung als dass sie deren Realität abbilden.

Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen politischen Spannungs- und Konfliktfelder widmet sich der sechste Call der SuN u.a. folgenden Themenfeldern und Fragestellungen:

Akteure der Transformation

- Welche engagierten Akteure, sozialen Gruppen, Organisationen und Milieus werden als Produzent*innen und Träger*innen sozial-ökologischer Politik und Kritik adressiert und wie ist es um ihre Kohärenz bestellt?
- Welche Rolle kommt Akteuren und Aktanten wie z.B. Staat, Parteien, Gesetzen und Abkommen, NGOs, Wissenschaft und wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie sozialen Bewegungen hierbei zu?
- Wie verhalten sich Top-Down und Bottom-Up-Strategien, wirtschaftliche wie politische Eliten und Grassroot-Initiativen im Rahmen ihrer Transformationsbestrebungen zueinander und sind hierbei neue (sub)politische Bündnisse und Konfliktlinien erkennbar?

Pfade und Praktiken sozial-ökologischer Transformation

- Welche Bedeutung haben eine nachhaltige Lebensführung und spezifische politische Praktiken der Bürger*innen für den Transformationsprozess?
- Welche Praktiken der politischen Sozialisation, Subjektivierung und Kommunikation sind hierfür zentral?
- Wer spricht sich vor welchem Hintergrund für oder gegen spezifische Pfade der sozial-ökologischen Transformation aus?

Gouvernementalität, Macht und Kritik

- Welche Verständnisse von Subjektivität, Macht, Herrschaft und Kontrolle kennzeichnen den Nachhaltigkeitsdiskurs?
- Wie gestalten sich Prozesse der Legitimierung und Delegitimierung von Nachhaltigkeitspolitiken (auch im Lichte digitaler Kommunikationen) und welche Geltung beanspruchen sie warum für sich?
- Welcher Legitimitätsglauben wird bei den Rezipienten vorausgesetzt und welche Stimmen und Positionen werden in lokalen wie globalen politischen Nachhaltigkeitsprogrammen repräsentiert, welche marginalisiert und/oder ausgegrenzt?
- Welche Formen und Prozesse der Ungleichheit, Macht und Herrschaft prägen bestehende Nachhaltigkeitspolitiken und wie werden bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse durch die verschiedenen Nachhaltigkeitskonzepte herausgefordert oder transformiert?
- Welche Annahmen über die Möglichkeiten einer Regulierung der sozial-ökologischen Welt liegen den Nachhaltigkeitspolitiken auf den unterschiedlichen Ebenen zu Grunde und welche Folgen haben sie für die politische Praxis?
- Wo lässt sich in dieser Gemengelage die Rolle der Soziologie hinsichtlich einer Analyse des politischen Moments von Nachhaltigkeit verorten?

Interessierte Autor*innen sind herzlich eingeladen, bis zum 30.11.2020 einen Abstract von maximal 500 Wörtern per E-Mail an sun.redaktion@uni-muenster.de einzureichen. Dabei sind sowohl theoretische als auch empirische Beiträge erwünscht.

Die SuN ist eine Online-Zeitschrift mit Peer-Review-Verfahren, deren Ziel es ist, sozialwissenschaftliche Perspektiven in der Nachhaltigkeitsforschung zu bündeln und zu fördern. Neben den jährlichen Call for Papers können auch freie Beiträge zu soziologischen Nachhaltigkeitsthemen eingereicht werden.

Weitere Informationen zur SuN finden sich unter: <http://ifs.uni-muenster.de/sun>

Herausgeber: Benjamin Görgen, Matthias Grundmann, Dieter Hoffmeister, Björn Wendt

Kontakt:

WWU Münster

Institut für Soziologie

Soziologie und Nachhaltigkeit

Redaktion: Niklas Haarbusch